

1100 Millionen DM gegen ein Reizwort

... und Luxemburg war auch dabei !

Unter der Drucksache 8/2761 veröffentlichte der Deutsche Bundestag in seiner 8. Wahlperiode die genauen Zahlen über finanzielle Zuwendungen, die unter dem Titel Auslandsaufklärung und dem Stichwort "Berufsverbot" ins Ausland gezahlt wurden, um der Kampagne gegen die Berufsverbote in der BRD die Spitze zu nehmen und den "guten Ruf" der BRD im europäischen Umfeld wiederherzustellen. Vorausgegangen war der Publizierung der nachstehenden Tabelle folgende Anfrage der CDU-CSU im Bundestag: "Was hat die Bundesregierung im einzelnen seit 1972 unternommen, um in den EG-Staaten und in Skandinavien den "Berufsverbote"-Kampagnen entgegenzuwirken?" Antwort des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung am 20. April (Auszüge): "Die Bundesregierung habe "die vereinzelt überzogene und bössartige Polemik aufmerksam verfolgt"... Und weiter: "Es wurden zahlreiche Gespräche mit ausländischen Ministern, Abgeordneten und Publizisten geführt. Botschafter, politische Referenten, Rechts- und Konsularreferenten, Kulturreferenten, Sozialreferenten und Pressereferenten stellten sich der Diskussionen in Gewerkschaftsversammlungen und Universitäten. Den Multiplikatoren der print-Medien wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt. "Die Divisionen der Referenten wurden, wie man erfährt, "vielerorts" über die örtlichen Goethe-Institute kommandiert. Daneben habe man folgendes "Informationsmaterial verteilt: "Texte des Auswärtigen Amtes, des Presseamtes, Broschüren, Gesetzestexte, Bulletins der Bundesregierung, Schriften von Inter Nationes und umfangreiche Informationsmappen", das ganze schein-

bar im Wert von über 70 Millionen Mark.

An beiliegender, offizielle Tabelle

Drucksache 8/2761		Deutscher Bundestag - 8. Wahlperiode			
Länder	Aufwendungen				
	1972	1973	1974	1975	
Belgien	550 000	557 800	537 900	557 600	
Dänemark	275 000	286 400	269 000	278 800	
Frankreich	2 956 500	2 916 000	2 891 300	2 997 100	
Großbrit.	1 856 400	1 856 900	1 815 500	1 881 900	
Irland	137 500	147 900	134 500	139 400	
Italien	1 581 400	1 551 500	1 546 500	1 603 100	
Luxemburg	68 800	48 000	67 200	69 700	
Niederlande	343 800	322 300	336 200	348 500	
Finnland	1 100 100	1 053 400	1 075 800	1 115 200	
Norwegen	412 500	408 500	403 400	418 200	
Schweden	893 900	900 700	874 100	906 100	
insgesamt	10 175 900	10 049 400	9 951 400	10 315 600	

Länder	Aufwendungen			
	1976	1977	1978	
Belgien	770 900	776 700	818 300	
Dänemark	313 800	282 500	297 600	
Frankreich	2 912 600	2 895 100	3 050 000	
Großbritannien	2 085 300	2 118 400	2 231 700	
Irland	181 900	211 800	223 200	
Italien	1 793 400	1 765 300	1 859 700	
Luxemburg	57 600	70 600	74 400	
Niederlande	428 200	706 100	743 400	
Finnland	645 600	635 500	669 500	
Norwegen	312 400	353 100	371 900	
Schweden	679 300	706 100	743 400	
insgesamt	10 136 000	10 521 200	11 083 100	

TITEL für Auslandsaufklärung - Stichwort: Berufsverbot

des Deutschen Bundestages kann man herauslesen, dass von 1972-1978 insgesamt über 7,3 Millionen Franken nach Luxemburg geflossen sind, um, so scheint es, den "schädlichen" Einfluss des einheimischen "Berufsverbotekomitees" und anderer Berufsverbotekritiker zu neutralisieren. 7,3 Millionen Propagandapatronen allein um im kleinen Grossherzogtum den demokratischen Anspruch der BRD wieder aufpäppeln zu helfen, über 1200 Millionen in EG und skandinavischen Ländern insgesamt.

Fragt sich am Schluss bloss, wer denn eigentlich in unserem kleinen Musterlande die 7,3 Millionen bekommen hat, der einheimische "Service de renseignements" etwa, zwecks "Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zum berüchtigten BND" (Bundesnachrichtendienst), das luxemburgisch-deutsche "Goethe-Institut" vielleicht oder gar die ewig trockenen und gefrässigen Parteikassen der staats-tragenden Parteien und verschiedene luxemburgische Medien?

Wie wäre es in diesem Zusammenhang eigentlich mit einer parlamentarischen Anfrage an unsere Regierung und an unseren Herrn Staats- und Informationsminister? Die zahlreichen einheimischen Berufsverbote-Gegner und das "Berufsverbote-Komitee" wären jedenfalls neugierig zu wissen, mit welchen 7,3 Millionen-Propagandisten sie es bisher in Luxemburg zu tun hatten! Damit die künftigen Auseinandersetzungen um dieses Problem offener, jedenfalls aber noch intensiver als bisher geführt werden können.

Jean Huss.

in: Perspektiv, Nr. 13/1979